

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0386896

P/XV/60 - 12. März 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Beging Mr. Sulzberger Landesverrat?
Eine notwendige Klarstellung
Von Dr. Adolf Arndt, MdB

69

3 - 4

Die berühmte "Klausel Vier"
Zur Programmdiskussion in der Labourparty

72

6 - 7

Entlarvte Spiegelfechtereien
Bilanz einer Parlamentswoche
Von W. Jansen

105

8

Volk über den Wolken
UNO-Hilfe für eine vergessene Bevölkerung

46

* * *

* *

Beging Mr. Sulzberger Landesverrat ?

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

Von sehr beachtlicher Seite soll die Meinung geäußert worden sein, ein deutscher Journalist hätte sich wegen Landesverrats strafbar machen können, wenn nicht Mr. Sulzberger in der "New York Times", sondern er - der deutsche Journalist - in der deutschen Presse die Pläne und Besprechungen der Bundesregierung zwecks deutscher Nachschub-Depots in Spanien bekanntgegeben hätte. Eine rechtliche Klärstellung liegt im dringendsten Interesse der deutschen Presse und ihrer Freiheitlichkeit.

Nach § 100 des Strafgesetzbuches wird mit Zuchthaus bestraft, "wer ein Staatsgeheimnis verrät". Als ein Staatsgeheimnis definiert § 99 Tatsachen, "deren Geheimhaltung vor einer fremden Regierung für das Wohl der Bundesrepublik Deutschland ... erforderlich ist." Ein Sachverhalt kennzeichnet sich somit als Staatsgeheimnis, wenn er objektiv seinem Wesen nach geheim ist und ein Staatsinteresse daran besteht, dass er weiterhin geheim bleibt.

Entscheidend ist hierbei der Begriff des Staatsinteresses. Aus autoritärem oder obrigkeitsstaatlichem Denken wird er noch allzu oft mit einem blossen Regierungsinteresse verwechselt. In einer rechtsstaatlichen Demokratie ist jedoch die Regierung (genau: das Kabinett) nicht mit dem Staate identisch, sondern nur ein Organ des Staates neben anderen. Ausserdem ist in einer Demokratie das Kabinett stets Parteiregierung und unterliegt deshalb kraft der Verfassung einer öffentlichen Kritik. Ein politisches Interesse des Kabinetts daran, dass seine Pläne und Massnahmen noch nicht bekannt werden, bedeutet darum keineswegs immer, dass ein rechtliches Interesse des Staatsganzen (aller Bürger gemeinsam, der Rechtsgemeinschaft des Volkes insgesamt) daran besteht, über Vorgänge, die das Kabinett einstweilen gern verschweigen würde, öffentlich zu diskutieren. Insbesondere wird ein politisches Interesse des Kabinetts, seine Gedanken und seine Schritte noch vertraulich zu behandeln, dann kein objektives Rechtsinteresse aller sein, wenn das Kabinett seine Pläne ohnehin nicht anders als in öffentlicher Weise durchführen kann und darf. Völkerrechtliche Abmachungen zwischen dem Bund und einem auswärtigen Staat

z.B. über Nachschub-Depots lassen sich weder der Sache nach noch dürfen sie verfassungsrechtlich in geheimer Weise verwirklicht werden; sie bedürfen vielmehr der parlamentarischen Zustimmung durch Gesetz und der Verkündung im Bundesgesetzblatt.

Klar davon zu unterscheiden ist später die Ausführung einer derartigen Abmachung. Selbstverständlich würden die tatsächliche Anlage solcher Depots, ihr Ort, ihre Einzelheiten usw. militärische Staatsgeheimnisse werden, deren Preisgabe als Landesverrat strafbar sein würde. Um es an einem praktischen Beispiel zu zeigen: Die Tatsache, dass die USA auf Grund eines völkerrechtlichen Vertrages in Spanien militärische Stützpunkte besitzen, ist kein Staatsgeheimnis der USA, aber die Stützpunkte selber, ihr Standort und ihre Einrichtungen, sind Staatsgeheimnisse.

Angesichts dieser tatsächlichen und rechtlichen Lage konnte eine Pressediskussion über die Pläne der Bundesregierung und ihre Kontakte mit Spanien kein deutsches Staatsgeheimnis verletzen, weil es um Massnahmen ging, die öffentlich zu verantworten rechtlich notwendig ist.

Wie unhaltbar eine Meinung ist, ein deutscher Journalist hätte, ohne Landesverrat zu begehen, nicht dasselbe tun dürfen wie Mr. Sulzberger, zeigt sich darin, dass Mr. Sulzberger und die "New York Times" rechtlich keinerlei andere Stellung haben als ein deutscher Journalist und die deutsche Presse. Denn das Verbrechen des Landesverrates nach § 100 StGB kann nicht nur von einem Deutschen und nicht nur im deutschen Inland, sondern ebenso von jedem Ausländer und überall im Auslande begangen werden. Würde es zutreffen, dass ein deutscher Journalist, hätte er dasselbe getan wie Mr. Sulzberger, Landesverrat verübt hätte, so würde also auch Mr. Sulzberger durch seine Publikation sich des Landesverrates schuldig gemacht haben und müsste mit seiner Verhaftung rechnen, falls er in die Bundesrepublik Deutschland käme. Ein derartiges Ergebnis ist rechtlich unhaltbar und sachlich indiskutabel.

Man muss hoffen, dass kein Verantwortlicher eine andere Auffassung vertritt und endlich einmal klar wird, dass wir in einem demokratisch verfassten Rechtsstaat leben, in dem ein politisches Interesse der Regierung noch keineswegs ein rechtliches Staatsinteresse aller ist und die berechtigten Aufgaben der Presse nicht unter dem Schatten einer Zuchthausdrohung erfüllt werden können.

Die berühmte "Klausel Vier"

E.A. - London

Wenn man der grossen britischen Presse Glauben schenken dürfte, dann wird die Labourparty an der Diskussion über die berühmte "Klausel Vier" des Programms zerbrechen. Gaitskell will die Sozialisierungsklausel abschaffen, er will sie ersetzen, er will das Programm verwässern und er will das Programm modernisieren, er hat die Schlacht bereits gewonnen - und er hat die Schlacht bereits verloren, so wechseln sich die Schlagzeilen ab. Über Nacht ist "Klausel Vier" der wichtigste innerpolitische Glaubenssatz geworden. Früher hatten konservative Kandidaten sie nur zu Wahlzeiten herausgeholt, um mit ihr wie mit einem Stocke die Sozialisten zu verprügeln, die angeblich jede Schenke und jeden Krämerladen verstaatlichen wollten. Es war eine alte Geschichte, die zur gegebenen Zeit neu aufgetischt wurde, ein Skelett im Wandschrank von Labour, mit dem man den Ängstlichen das Gruseln beibrachte. Als Gaitskell nach der Wahl im Oktober eine Neufassung der Parteiziele befürwortete und die äusserste Parteilinke ihn schärfstens angriff, wurde "Klausel Vier" für die grosse Presse die gefährliche Klippe, an der das Parteischiiff zerschellen sollte.

Wie lautet der entscheidende Glaubenssatz, der so hart umkämpft wird?

"Den Hand- und Kopfarbeitern die vollen Früchte ihres Fleisses und die gerechteste Verteilung, die möglich sein mag, auf der Basis des Gemeineigentums von den Produktions-, Verteilungs- und Austauschmitteln und das besterreichbare System von öffentlicher Verwaltung und Kontrolle jedes Industriezweiges oder Dienstes zu sichern"!

Sidney Webb hatte diese Formulierung gefunden und in das meist von ihm redigierte Parteiprogramm von Labour im Jahre 1918 hineingeschrieben. Die Forderung lautet mehr radikal als klar, Karl Marx, aus dessen Geistes Eigentum sie entlehnt war, hätte sie sicherlich besser formuliert. Sie spiegelt zugleich den Geist der Jahre unmittelbar nach der russischen Revolution wider, in denen Sozialisierung in Bausch und Bogen und administrative Bürokratie des Staates den Endsieg über den Kapitalismus verhiesse. Nur hat diese Formulierung niemals dem Geist und der Praxis der britischen Labourparty entsprochen. Anstelle der revolutionären Expropriation der Kapitalisten hatten die britischen Sozialisten Verstaatlichungsmassnahmen durchgeführt, bei denen die früheren Eigentümer voll entschädigt wurden. Anstelle der mono-

12. März 1960

lithischen staatlichen Kontrolle aller Industrien und Dienste hatte sich die Partei mit einer Gemischtwirtschaft begnügt, welche staatliche Lenkung ermöglichte und soziale Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung sichern sollte. Kurzum, "Klausel Vier" mit der man einen britischen Sozialismus nach sowjetischem Muster hätte errichten können, verhielt sich zur Tagespolitik der Labourparty wie ein Glaubenssatz des alten Testaments zur Praxis der christlich-sozialen Staatsmänner.

Gaitskells Forderung auf Neuformulierung der Parteiziele bedeutet daher in Wirklichkeit nur, Theorie und Praxis in besseren Einklang zu bringen, Missdeutungen auszuschalten und die Partei zur Lösung ihrer Aufgaben besser auszustatten. Sie bedeutet durchaus nicht das Aufgeben einer auf gemeinwirtschaftlichen Betrieben aufgebauten Planwirtschaft. Allerdings, mit der Auffassung, dass Gemeineigentum notwendigerweise die Form riesiger Staatsmonopole ganzer Industriezweige annehmen müsse, dürften Gaitskell und seine Freunde nicht übereinstimmen. Genossenschaften, Kommunaleigentum, staatliche Beteiligung an von staatswegen geförderten Betrieben und verstaatlichte Wirtschaftszweige sind verschiedene Formen des Gemeineigentums, das je nach Zweckmässigkeit angewendet werden sollte.

Die Exekutive der Labourparty wird in ihrer Sitzung am 16. März die von Gaitskell befürwortete Neufassung der Parteiziele diskutieren. Sehr wahrscheinlich aber wird es dabei nicht zu dem von der grossen Presse vorausgesagten heftigen Zusammenstoss zwischen Orthodoxen und Reformern kommen. Ein Kompromiss, die in England beliebteste Form der Evolution, zeichnet sich schon jetzt ab. Da es so vielen gegen den Strich geht, die "Klausel Vier" durch eine Neufassung zu ersetzen, dürfte man ihr eine längere Erklärung anfügen, welche den Forderungen der Reformer entspricht. Luther hatte den zehn alttestamentlichen Geboten je eine Erklärung hinzugeschrieben, um sie den Menschen des 16. Jahrhunderts verständlich und einleuchtend zu machen. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich über die Marksteine von Gotha (1891), Heidelberg (1925) und Prag (1934) zu ihrem heutigen Programm entwickelt. In dem in seinen Grundzügen so konservativ denkenden England wird die neue Erklärung zur "Klausel Vier" die erste Entwicklung des Labourprogramms seit 1918 sein - ein durchaus notwendiger Schritt, um Ziele, Denken und Handeln zu synchronisieren.

Entlarvte Spiegelfechtereien
Bilanz einer Parlamentswoche

Von W. Jansen

Drei Spezialgebiete der Wirtschaft beherrschten in dieser Woche das Geschehen im Deutschen Bundestag: Das Verkehrsfinanzgesetz und die Heizölsteuer am Mittwoch, sowie die Aussprache zum "Grünen Bericht" am Freitag. Man kann nicht sagen, daß es für die Regierungsparteien eine Woche reiner Freude war. Das gilt vor allem für die Verabschiedung des Verkehrsfinanzgesetzes, bei dem die Opposition gegen die Mehrheit der CDU-Fraktion die Regierungsvorlage wieder herstellte.

Es ging dabei um die Frage, ob die aus dem Straßenverkehr aufkommenden Gelder durch Gesetzesvorschrift an den Straßenbau gebunden werden sollten, wie dies Regierung und Opposition verlangten, oder ob solche Verwendung ohne gesetzliche Bindung dem freien Ermessen der Mehrheitsparteien überlassen bleiben sollte. Zwar verkündeten die offiziellen CDU-Redner ihre Entschlossenheit, die Mittel dem Straßenbau auch ohne gesetzliche Bindung zuzuführen, aber die geschickte Argumentation der SPD zwang sie bei fortschreitender Debatte zur Demaskierung, zu dem Eingeständnis nämlich, daß sie notfalls die Gelder auch für andere Zwecke gebrauchen würden.

Das Ziel war klar: Mit dem Verkehrsfinanzgesetz wollten die CDU-Strategen in der Öffentlichkeit möglichst viel Propaganda machen, um es anschließend durch die anderweitige Verwendung der Gelder - die man dann erneut propagandistisch nutzen kann - wieder zu torpedieren. Dieser Tuschenspielertrick mißlang durch die überzeugende Beredsamkeit der Oppositionssprecher, die bei einem genügend großen Teil der CDU/CSU-Fraktion die Einsicht in die sachliche Notwendigkeit zu wecken wußten und so einen überzeugenden Abstimmungssieg (237:141) herbeiführten.

Trostpfennig für die Gemeinden

Das verabschiedete Werk ist - bei allen Fortschritten - der Gesetze bestes nicht. Es hat den schweren Fehler, die Gemeinden und Landkreise zu stark zu vernachlässigen, auch wenn ein Trostpennig Steuererhöhung auf Treibstoff zugunsten der Gemeinden beschlossen wurde. Ein Gesetzentwurf der SPD, der den Gemeinden 20 Prozent der aufkommenden Mittel für den Straßenbau beschert hätte, wurde abgelehnt. Die CDU/CSU verkroch sich dabei hinter verfassungsmäßigen Bedenken, ein Gebiet, auf dem sie viel weniger Skrupel hat, wenn es sich um Rundfunk oder Notstand dreht.

Dabei hätten sich Verfassungsbedenken in diesem Fall wirklich sehr leicht ausräumen lassen, wenn man - wie die SPD vorschlug - mit den Ländern Staatsverträge abgeschlossen hätte. Das Land, das sich einem Staatsvertrag weigert, der Geld einbringt, muß erst noch gefunden werden!

So bleibt es bei der trotz Trostpfeinig sehr ungenügenden Straßenfinanzhilfe für die Gemeinden. Ein Umstand, an den man sich wird erinnern müssen, wenn bei den bevorstehenden Kommunalwahlen in fünf Ländern die CDU/CSU auf einmal entdecken wird, wie "warm" doch eigentlich ihr Herz - angeblich - für die Gemeinden schlägt.

Der Kampf um die Heizölsteuer

Wie "warm" ihr Herz für die Bergarbeiter schlägt, deklamierten die CDU/CSU-Abgeordneten am gleichen Abend, als es um die Heizölsteuer ging. Obwohl die Wirtschaftsexperten sich inzwischen darüber im Klaren sind, daß die Heizölsteuer dem Bergbau im Grunde genau so wenig nutzt, wie etwa eine Glühbirnensteuer den Kerzenmachern, war immer noch ziemlich unaufrichtig die Rede von der "Verschnaufpause" für den Bergbau.

In Wirklichkeit ging es um ganz etwas anderes: Es ging darum, die Maßnahmen zu finanzieren, die im Zuge der Entwicklung als Hilfe für den Kumpel unabweislich - und darüber ist sich sogar die CDU/CSU klar - notwendig sind. Auch die SPD hatte dazu eine Geldquelle parat: Sie wollte eine Einkommensabgabe auf die Körperschaftssteuer erheben. Der Unterschied liegt auf der Hand. Die CDU/CSU finanziert die Hilfe für den Kumpel aus der Tasche jener Hausfrauen, die sich - aus dem Blickwinkel der CDU/CSU offenbar leichtfertigerweise - einen Ofen angeschafft haben und aus der Tasche des Käufers von Waren, die irgendwann einmal bei der Produktion mit Heizöl in Berührung gekommen sind. Und da der Kumpel ab und an zwangsläufig selbst zu diesen Käufern gehören wird, zahlt er einen Teil der Hilfe auf dem Umweg über Preiserhöhungen aus der eigenen Tasche. Die SPD hingegen wollte die Mittel durch die Rücknahme eines Teils der Geschenke aufbringen, die die von der Industrie finanzierte CDU/CSU bei der letzten Steuersenkung den Aktiengesellschaften machte. Und da die CDU/CSU auch bei kommenden Wahlen auf die Industriemillionen hofft, hatte sie naturgemäß für die Vorschläge der SPD wenig Verständnis.

Flecken im "Grünen Plan"

Kein Verständnis bewies sie auch für die nüchternen und sachlichen Vorschläge der SPD zur Lage der Landwirtschaft. Wie eigensinnig die CDU/CSU vernünftige Gedanken ablehnt, wenn sie glaubt, die Interessen ein-

flußreicher Wählerschichten vertreten zu müssen, zeigte sich bei der Debatte um den "Grünen Plan". So zahlt die Regierung beispielsweise Subventionen für Düngemittel. Dünger aber braucht auf dem Lande Arm und Reich. Der "dicke Bauer" - wie man auf dem Lande sagt - der bei gutem Boden und günstiger klimatischer Lage reiche Ernte erzielt, wird auf dem Düngerumweg genau so staatlich unterstützt wie der "kleine Mann", der mühsam und entbehrungsreich der Scholle karge Ertragnisse abtrotzt. Der SPD-Vorschlag, dort verstärkt zu helfen, wo Not am Mann ist und dort Staatsgelder zu sparen, wo ohnehin Wohlstand herrscht, fand bei der CDU/CSU taube Ohren. "Dicke Bauern" sind nämlich meist auch einflußreiche Bauern - und mit denen möchten es Regierung und Regierungsmehrheit nicht gern verderben.

Ein zweiseitiges Schwert

Das geht soweit, daß man die alltäglichsten Dinge als "Sonderleistungen für die Landwirtschaft" in den "Grünen Plan" hineinschreibt. Daß es z.B. auf dem Lande elektrisches Licht und Leitungswasser geben muß, sieht jeder ein. Niemand würde normalerweise daran denken, das als etwas "Besonderes" anzusehen. Nur die CDU/CSU und ihr Minister Schwarz schreiben solche Selbstverständlichkeiten in den "Grünen Plan", um den Bauern mit einer möglichst hohen Zuschußsumme zu zeigen, wie freundlich sie ihnen gesonnen seien. Indessen ist das ein zweiseitiges Schwert, das den Bauern mehr Ansehen kostet, als es der CDU/CSU einbringt. Denn in der Öffentlichkeit mehren sich die Stimmen, die angesichts der großen Abschlußsumme auf das Bedenkliche so hoher Landwirtschaftsunterstützung hinweisen. Die Spiegelfechtereien, die der CDU/CSU die Liebe der Bauern einbringen soll, schlägt so gleichzeitig zu deren Nachteil aus.

Das haben weitblickende Männer in der Landwirtschaft längst erkannt. Als die SPD dieses Verfahren im Bundestag kritisierte, befand sie sich denn auch in glänzender Gesellschaft. Das Gleiche hatte nämlich ein prominenter Mann in einem Rundbrief zahlreichen Abgeordneten geschrieben: Edmund Rehwinkel, seines Zeichens Präsident des Deutschen Bauernverbandes!

Volk über den Wolken.

B.K. - Als die Weissen Südamerika unterwarfen und die Inka-Kultur zerstörten, zogen sich einige Gruppen der Eingeborenen auf die unzugänglichsten, ausgetrockneten Hochebenen der Anden zurück, wo sie - heute eine Bevölkerung von über sieben Millionen - in einer Höhe von drei- bis fünftausend Meter über dem Meer seit Jahrhunderten, von der übrigen Welt völlig abgeschnitten, ein äusserst armseliges Leben fristen. 80 Prozent sind Analphabeten. Die Familien hausen zusammen mit dem Vieh in einraumigen, strohbedeckten Hütten aus getrockneter Erde. Schmutz, Krankheit und eine zwar schöne, aber feindliche Natur machen das Leben zu einer fast unerträglichen Last. Alkohol und das Rauschgift des Coca-Blattes waren während Generationen die einzigen Tröster dieses Volkes, dessen Vorfahren eine grossartige Kultur geschaffen, prächtige Städte gebaut und ein machtvolles Reich regiert hatten.

Seit einigen Jahren bemühen sich die Regierungen, in deren Staatsgebieten die Anden-Indianer leben (Ecuador, Bolivien und Peru), mit massgeblicher Unterstützung der technischen Hilfe der UNO das Schicksal der Bevölkerung zu verbessern. Ist schlechtes Gewissen ausschlaggebend? Da die Anden-Indianer 50 bis 80 Prozent der gesamten Bevölkerung der drei Länder ausmachen, ist es jedenfalls ganz einfach unmöglich, sie noch länger ausserhalb des nationalen Wirtschaftsorganismus dahinvegetieren zu lassen. Das Spanische, die offizielle Sprache, wird nur von wenigen gesprochen.

Jahrhunderte des Misstrauens müssen von den internationalen Missionen überwunden werden. "Es wäre das erste Mal, dass der weisse Mann zu uns kommt, um uns etwas zu geben, anstatt zu nehmen", wird ihnen entgegeng gehalten.

Mit materiellen Mitteln, die der Grösse der Aufgabe keineswegs entsprechen (3 - 400 000 Dollars im Jahr), bemühen sich die UNO-Experten, deren Arbeit von Vertretern der Internationalen Arbeitsorganisation koordiniert wird, durch positive Leistungen und Beispiele dem Misstrauen den Boden zu entziehen. Mit Aufklärung, Beratung und Demonstration wird der Bevölkerung gezeigt, dass sie ihr Leben verbessern kann. Schutz und Krankheiten müssen überwunden werden. Die Dorfbewohner werden ermutigt, mit einfachen Mitteln Schulhäuser zu bauen. Den Bauern, die noch mit Ästen dreschen und mit Astgabeln pflügen, wird gezeigt, wie trotz kargen Bodens besseres Futter und mehr Getreide geerntet werden kann. In einigen Zentren werden handwerkliche Kurse durchgeführt (Weben, Schreinerei usw.). Versuchsweise wurde eine Gruppe von 250 jungen Indianern in einem tiefergelegenen Gebiet angesiedelt, um die Abwanderung des Bevölkerungsüberschusses vorbereiten zu können.

Sieben Millionen Menschen, die bisher ihr Dasein praktisch ausserhalb der Völkergemeinschaft fristeten, sollen in die Gemeinschaft ihrer Länder aufgenommen werden, um sie vor dem Untergang zu bewahren. Ein wagemütiges Unternehmen, das grösste Anstrengungen lohnt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel